

Adressenbuch

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 26. September 1931

Nummer 77

Anvermeidliche organisatorische Notwendigkeiten

Die unvermeidliche Notwendigkeit eines abermaligen Ausgleichs des Haushalts unseres Verbandes nach Ausgaben und Einnahmen wurde an dieser Stelle schon in dem Artikel „Zur gewerblichen und organisatorischen Lage“ in Nr. 75 in deutlicher Weise vor Augen geführt. Und die in voriger Nummer veröffentlichte Bekanntmachung des Vorstandes zeigt offiziell und sachgemäß den Rahmen, innerhalb dessen sich die ab 27. September d. S. gültigen Unterhaltungsbedingungen des Verbandes unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Schwierigkeiten der Gegenwart aufrechterhalten lassen. Im Bewußtsein der hohen Verantwortlichkeit, die dem Vorstandsvorstand aus der Entwicklung der letzten Monate auf dem Unterhaltungsgebiet auferlegt wurde, hatte dieser nach § 26 Ziffer 1 der Verbandsstatuten zum 19. und 20. September die Gauvorsteher zu einer gemeinsamen Besprechung der zu treffenden Maßnahmen nach Berlin berufen. Nach eingehender Erörterung aller einschlägigen Einzelheiten organisatorischer und wirtschaftlicher Art wurden als Ergebnis dieser Beratungen die in der schon veröffentlichten Publikation enthaltene Neuregelung der Verbandsunterstützungen vom Vorstandsvorstand einstimmig beschlossen. Über den Verlauf der Beratungen und die dabei erörterten Punkte kann folgendes berichtet werden.

Vor Eintritt in die Beratung der eigentlichen Tagesordnung wurden dem nach beinahe 30jährigem Wirken als Gauvorsteher in Schlesien aus Gesundheitsrücksichten aus seinem Amte geschiedenen Kollegen Karl Fiedler (Breslau) in ehrender Dankbarkeit die besten Wünsche für einen wohlverdienten friedlicheren Lebensabend ausgesprochen, ebenso dem mit Ende September wegen Erreichung der Altersgrenze und eines bedauerlichen Augenleidens aus seinem Amte als Verbandssekretär scheidenden Kollegen Albrecht Fülle. Die ehrenvollen Verdienste des letzteren im Auf- und Ausbau der Verbandsabteilung des Verbandes, die an anderer Stelle im „Korr.“ noch entsprechend würdigung finden sollen, wurden besonders unterstrichen. Hierauf wurde zum ersten Punkt, „Die Lage des Verbandes, insbesondere auf finanziellem Gebiet“, ein eingehender Bericht über die Lage des Verbandes im Rahmen der gesamten wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen seit den Lohnverhandlungen im Februar d. J. erstattet. Glaubte man damals, in der Tiefe des Tales angelangt zu sein und in absehbarer Zeit wieder mit einem Aufstieg rechnen zu können, so hat sich leider inzwischen das Gegenteil ergeben. Die sich ständig verschärfende Wirtschaftskrise hat ihre Ursache in der Hauptfache in der völligen Zerrüttung des Kreditwesens nicht nur in Deutschland, sondern in weltwirtschaftlichem Ausmaß, die insbesondere in der ungleichen Verteilung der Goldbestände ihren äußerlichen Ausdruck findet. Das wird leider nicht anders werden, solange nicht die politischen Schuldverpflichtungen eine vernünftiger Erledigung gefunden haben. Durch diese Entwicklung sind aber auch alle Organisationen der Arbeitererschaft in Mitleidenschaft gezogen und in ihrer Finanzkraft geschwächt worden, was insbesondere auf die von Monat zu Monat immer größer werdenden Arbeitslosenquoten zurückzuführen ist. Sollte sich nun gar noch die weit verbreitete Annahme einer weiteren Verschlechterung verwirklichen, dann wäre es unverantwortlich, wenn diese Gefahren auf finanziellem Gebiet innerhalb unseres Verbandes für die Zukunft nicht berücksichtigt würden, zumal der Ende Juni verurteilte Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse durch die inzwischen eingetretene Erhöhung der Arbeitslosenquote von 22 Proz. auf 29,8 Proz. Ende August und die mehr als verdoppelte Kurzarbeit neben einer starken Verringerung der Beitragseinnahmen eine so außerordentliche Steigerung der Ausgaben für die ordentliche Arbeitslosenunterstützung des Verbandes und der Koststandsunterstützung zur Folge hatte, daß der Zweck der Tunmaßnahmen, durch Beitragserhöhung und Herabsetzung der Unterstützungsätze einen Ausgleich zu schaffen, völlig vereitelt wurde. Leider haben auch die in der Zwischenzeit zu verzeichnenden Verhandlungen über eine Arbeitszeitverkürzung zwecks Wiedereinrichtung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess infolge strikt ablehnenden Verhaltens der Unternehmer in

der Frage eines Einstellungszwanges und eines gerechten Lohnausgleichs kein praktisches Ergebnis gehabt. Da in dem Leitartikel „Warum keine freiwillige Arbeitszeitverkürzung?“ in Nr. 70 des „Korr.“ über die diesbezüglichen Einzelheiten dieser Verhandlungen schon eingehend berichtet worden ist, kann an dieser Stelle von einer Wiederholung Abstand genommen werden. Erinnert sei nur noch einmal daran, daß sich bei den Arbeitszeitverhandlungen für das Buchdruckgewerbe auf Unternehmerseite ein „soziales Verständnis“ für die dringende Notwendigkeit der Wiedereinrichtung von Arbeitslosen nur dadurch bekundete, daß sie einer Arbeitszeitverkürzung in erster Linie nur zwecks Verminderung weiterer Entlassungen und unter entgegenseitiger Ablehnung jeglicher persönlicher Opferbereitschaft ihrerseits zustimmen würden; aber auch dies noch unter Bedingungen, die nicht nur keinerlei Lohnausgleich, sondern noch darüber hinausgehende Verschlechterungen der tarifvertraglich festgelegten Arbeitsbedingungen durch willkürliche Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage bedeuten würden. Leider muß auch festgestellt werden, daß die Frage des Lohnausgleichs bei etwaiger Arbeitszeitverkürzung durch den Frankfurter Gewerkschaftskongress gegenüber der Hauptforderung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als zunächst weniger wichtig bewertet wurde. Da auch im Reichsarbeitsministerium die Ansicht vertreten wird, daß mit einer Arbeitszeitverkürzung keine weitere Befastigung der „Wirtschaft“ eintreten dürfte, sei in dieser Beziehung mit besonders großen Schwierigkeiten zu rechnen, weshalb auch bei dem für uns zur Notwendigkeit gewordenen neuen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben des Verbandes von einer höheren Befastigung der noch in Arbeit stehenden Kollegen, die nur noch auf 65 Proz. der Gesamtmitgliedschaft zu beziffern ist, Abstand genommen werden mußte. Dazu kommt noch die im Reichsarbeitsministerium herrschende grundsätzlich unverständliche Auslegung der Notverordnung vom 5. Juni, daß diese keine Handhabe für einen Einstellungszwang biete, obwohl die Notverordnung doch nur eine Verringerung der Arbeitslosigkeit mit gleichzeitiger Entlastung der geschädigten Arbeitslosenversicherung bezwecken soll. Von einer Zustimmung des Vorstandsvorstandes zu einer solchen, ihren eigentlichen Zweck völlig verfehlenden Arbeitszeitverkürzung ohne Einstellungsverpflichtung und mit retrofekt Lohnföhrung für jede ausfallende Arbeitsstunde konnte daher bisher und wird auch in Zukunft keine Rede sein können. Auch eine eventuell auf Grund der Notverordnung vom Reichsarbeitsministerium diktierte Verkürzung der Arbeitszeit ohne Vorbehalt der Fünftageswache könnte nicht als zweckmäßige Lösung zwecks Verminderung der Arbeitslosigkeit beurteilt werden. Denn jede andere Entscheidung würde nach allen bis jetzt bekannt gewordenen Umständen der Prinzipale nur zu ihrer eignen Entlastung ausgenutzt werden und zu einer weiteren Befastigung der Arbeitererschaft führen. Dazu kommt noch, daß der Abbau der überbetrieblichen Leistungszulagen nach wie vor von Unternehmerseite in unserm Gewerbe mit Hochdruck betrieben wird, und zwar in vielen Fällen auf direkte Anweisung ihrer Organisation. Auch der Königsberger Konflikt und der noch schwebende Prozeß wegen Schabensersatz fand eingehende Befastigung mit dem Nachweis, daß der Vorstandsvorstand in dieser Sache seine sachungsgemäßen und vertragsrechtlichen Pflichten in jeder Beziehung erfüllt hat. Einer kurzen Darlegung des eigenartigen und ablehnenden Verhaltens des Deutschen Buchdrucker-Bereits in der Frage der zum 1. Oktober d. J. fälligen Entscheidung über die Verlängerung der bei den letzten Tarifverhandlungen abgeordneten Lehrlingskassa war zu entnehmen, daß die Prinzipale trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit, durch die Tausende von jungen Geisteslenten seit Beendigung ihrer Lehrzeit dem Arbeitslosenstand und damit der Zerrüttung ihrer in vier langen Lehrjahren erworbenen Berufsbildung ausgeliefert wurden, unter Berufung auf sogenannte ethische Gründe mit der Wiedereinrichtung der alten Lehrlingskassa die Zahl dieser unglücklichen jungen Berufsgenossen noch vermehren will!

Diesen mehr grundsätzlichen Darlegungen wirtschaftlicher, beruflicher und organisatorischer Natur folgte eine eingehende Schilderung der Entwicklung der finanziellen Verhältnisse des Verbandes. Es stand danach in der Zeit vom 28. Juni bis 29. August d. J.,

also nach der letzten Regelung der Beiträge und der Unterstützungen, einer Gesamteinnahme von insgesamt 1.766.082 M. eine Gesamtausgabe von 2.079.317 M. gegenüber; also eine Unterbilanz von 313.235 M. in nur zwei Monaten. Daraus ergab sich, daß die im Juni d. J. verfaßte Sanierung der Verbandskasse infolge der weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse leider ihren Zweck nicht erreicht hat. Ein Verkauf von Wertpapieren aus dem Verbandsvermögen wäre angesichts der heutigen trostlosen Zustände auf dem Geldmarkt nur mit großen Verlusten möglich, muß also im Interesse des Verbandes nach Möglichkeit vermieden werden; soweit dies infolge der erforderlichen Zuschüsse an einzelne Gauen nicht zu umgehen war, geschah dies nicht nur ohne jeden Verlust, sondern durchweg zu höheren Sätzen als den Kaufpreisen der in Frage kommenden Wertpapiere, was im einzelnen attemunlich nachgewiesen wurde. Mit Genugtuung konnte auch festgestellt werden, daß eine ganze Reihe von Gauen aus eignen Mitteln bestrebt war, während der kritischen Zeit der Bankenkrisis die Verbandskasse nicht in Anspruch zu nehmen. Der aus diesen Verhältnissen zu errednende Vorschlag für das vierte Quartal 1931 ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Vorschlag für das 4. Quartal 1931	
Einnahmen:	
55000 Beiträge a 2,40 RM.	132000 RM.
55000 Gebührenträge a 70 Pf.	38500 RM.
Sonstige Einnahmen	10000 RM.
zusammen: 180500 RM.	
Ausgaben:	
Reiseunterstützung	4000 Tage a 1,00 RM. 4000 RM.
Diskontierung	60000 Tage a 1,10 RM. 66000 RM.
Krankentätigkeit	18000 Tage a 0,80 RM. 14400 RM.
Invalidentätigkeit	15000 Tage a 1,00 RM. 15000 RM.
102000 Tage	
Koststandsunterstützung	40000 Tage a 0,40 RM. 16000 RM.
	20000 Tage a 0,60 RM. 12000 RM.
	10000 Tage a 0,80 RM. 8000 RM.
36000 RM.	
Sonstige Ausgaben	30000 RM.
Gesamtausgabe 101000 RM.	
Gesamteinnahme 180500 RM.	
Defizit je Woche 11100 RM.	
Im Quartal 441000 RM.	

Am die Grundlage zu einer Berechnung für das vierte Quartal zu gewinnen, muß berücksichtigt werden, daß die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Juli weiter bedeutend gestiegen ist. Der Durchschnitt der die Erhebung umfassenden neun Wochen würde deshalb zu günstig sein. Beweis: Arbeitslosentage im Juli je Woche 37.000 Tage, im August je Woche 48.470 Tage; Koststandsunterstützung im Juli je Woche 65.200 Tage, im August je Woche 68.198 Tage. Diese Erhöhung bedeutet auf der andern Seite ein Abfallen der Beitragseinnahmen. Die Zahl der geleisteten Beiträge kann deshalb mit höchstens 55.000 je Woche angenommen werden. Nach eingehender Spezifizierung der einzelnen Einnahme- und Ausgabebelegungen begründete der Referent eine Vorlage des Vorstandsvorstandes, in der alle Möglichkeiten eines Ausgleichs der Ausgaben mit den im vierten Quartal zu erwartenden Einnahmen mit aller gebotenen Vorsicht wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Verpflichtungen ihre Berücksichtigung gefunden hatten und dann zur Aussprache gestellt wurde.

Im Vordergrund der nunmehr eingehenden sehr lebhaften Diskussion standen die Vorschläge des Vorstandsvorstandes über eine Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswezens. Diese Vorschläge stützten sich auf das Ergebnis einer Kundfrage in den Gauen über Einnahmen und Ausgaben in der Zeit vom 28. Juni bis 29. August 1931. Es wurde allgemein anerkannt, daß die nach reiflicher Überlegung und gründlicher Prüfung aller Umstände zustande gekommenen Vorschläge des Vorstandsvorstandes die Grundlage seien, auf der eine Einigung über die zu treffenden Kostandsmaßnahmen erfolgen müsse. Es bestrebe so gut wie keine Möglichkeit, andre Vorschläge zu machen, um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Lediglich könne versucht werden, etwaige Härten zu mildern. Um einsparende Änderungen im Unterstützungswezen sei nach Lage der Dinge nicht mehr heranzufommen. Dennoch sei der von der Vorlage in Erwägung gezeigte sofortige Wegfall einer großen Zahl von Beziehungen der außerstatutarischen Koststandsunterstützung eine zu große Härte. Lieber weitere Abstriche in den Unterstützungsätzen als völliges Leerlassen eines

Teiles der ausgesteuerten Kollegen in der Notstandsunterstützung. Für die Notwendigkeit einer Begrenzung der Notstandsunterstützung bestand dagegen allgemein Verständnis. Selbst solche Gewerkschafter, die früher gegen jedwede Fristbemessung beim Bezug der Notstandsunterstützung waren, erklärten, daß sie inzwischen anderer Auffassung geworden seien, weil voraussichtlich noch Schlimmeres eintreten werde. Der vereinzelte Vorstoß auf Heranziehung der Gawe zu wöchentlichem Beitragsleistung zu Notstandswochen begegnete allgemeinem Widerspruch, zumal heute schon einzelne Gawe ein überiges Tun zur Entlastung der Verbandskasse durch besondere Aufwendungen für Ausgesteuerte. Ebenso sprachen sich fast sämtliche Gewerkschafter gegen jedwede weitere Beitragsherabsetzung aus. Ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben könne nur durch entsprechende Kürzungen im Unterstützungsbezug herbeigeführt werden. Einmütigkeit bestand bei allen Diskussionen über die Notwendigkeit einer schärferen Begrenzung der Kurzarbeiterunterstützung bzw. über ihre Aufhebung. Das der Konferenz zur Kenntnis gebrachte Material über gewisse Auswirkungen im Bezug dieser Unterstützung für Kurzarbeit bis zu 24 Stunden läßt Erstaunen und zugleich Bedauern aus; es befestigte aber auch die Überzeugung, daß die bei uns bestehende Regelung der Kurzarbeiterunterstützung sehr reformbedürftig ist. An Abänderungsvorschlägen in dieser Beziehung schloß es im Laufe der Aussprache nicht. Vereinzelt wurden u. a. auch die Aufhebung der Weisenerstützung während der Wintermonate sowie die Einführung eines Einheitsjahres in der Krankenunterstützung in den Bereich der Möglichkeit gezogen, obwohl die dadurch eingetragenen Summen in keinem Verhältnis zum Gesamtbedarf der Verbandskasse stehen. Da keinerlei Stillstand im Ablauf von Unterstützungsleistungen erkennbar wird, dürfte mit noch weiteren finanziellen Verschlechterungen zu rechnen sein. Auf diese Möglichkeit wurde beim Abschluß der Aussprache auch von Verbandsvorstandsspitze hingewiesen und weiter betont, daß alles hier Gehörte schon vorher im Verbandsvorstand gesagt und gewürdigt worden sei. Leider habe sich aber kein anderer Ausweg gezeigt als der in der Vorlage beschriebene. Auch für die verschiedentlich vorgeschlagenen Kommissionsverhandlungen bleibe Hauptfrage die Begrenzung der erforderlichen Ausgaben zum Ausgleich des Haushaltsplans der Organisation bestehen. Wenn wirklich ein Fehler gemacht sein sollte mit der Einführung der außerparlamentarischen Notstandsunterstützung an Ausgesteuerte, dann sei es doch nur in dem guten Glauben gesehen, daß die Notperiode ein zeitlich weit geringeres Ausmaß haben würde. Ein solcher Fehler müßte aber auch zu korrigieren sein durch wohlverwogene Beschlässe.

Mit der Einführung einer fünfgliedrigen Kommission zur speziellen Beratung der vorgeschlagenen Maßnahmen auf dem Rassen- und Unterstützungsgebiet fand der erste Teil der Aussprache seinen Abschluß.

Die am zweiten Tage fortgeführte Debatte wandte sich den einleitenden Ausführungen des ersten Verbandsvorsitzenden und damit der Gesamtsituation zu. Im Mittelpunkt der vielseitigen Erörterungen stand die Arbeitslosigkeit. Allgemeine Verbitterung habe es in der Gewerkschaft ausgelöst, daß von der Prinzipalität in jedwede Möglichkeit, zu einer Milderung des Arbeitsloseneinstands im Buchdruckgewerbe zu gelangen, verhindert wird. Das sei auch bei den vom Reichsarbeitsministerium veranlaßten Verhandlungen am 26. August deutlich zu Tage getreten. Die Ansicht der Prinzipale stieß lediglich darauf hinaus, sich mit Hilfe der Arbeitgebervertreter die Möglichkeit zu jederzeitiger beliebig langer Kurzarbeit zu verschaffen, während sie die Einführung der Vierzigstundenswoche grundsätzlich ablehnten. Sämtliche Debattierende erklärten sich einverstanden mit der von der Verbandsleitung bisher eingenommenen Haltung. Insbesondere auch mit der von ihr vertretenen Forderung der Vierzigstundenswoche mit einem tragbaren Lohnausgleich und dem Einstellungszwang. Eine andre Haltung würde von der Kollegenschaft nicht verstanden worden sein, zumal die so oft angekündigte Preisentwertung der Lebenshaltung nicht verwirklicht, vielmehr die tariflichen und überarbeitslosen Löhne wesentlich herabgedrückt worden seien. Es sei unter diesen Umständen eine glatte Unmöglichkeit, dem noch in Arbeit stehenden Teil der Gewerkschaft ein 10prozentiges Lohnopfer zuzumuten. Nachdem die bisherigen Verhandlungen über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung im Buchdruckgewerbe gescheitert sind, weil die Forderung der Prinzipale unmöglich akzeptiert werden konnte, müsse es der Regierung überlassen bleiben, in der Arbeitszeitfrage das anzuordnen, was zur Bekämpfung der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit unabwendbar notwendig ist. Antragbar aber sei es, wenn die Organisation Vereinbarungen in der Arbeitszeitfrage ohne jeden Lohnausgleich oder Einstellungszwang treffen würde. Sinn und Ziel der zu fordernden Vierzigstundenswoche müsse einzig und allein darauf hinauslaufen, das traurige Los unserer arbeitslosen Kollegen wenigstens zu mildern. Andererseits wurde ausgeführt, es handle sich heute nicht bloß um eine vorübergehende Wirtschaftskrise, sondern um einen Dauerzustand. Nur durch eine Gesamtlösung des Arbeitszeitproblems sei dem Ubel der Arbeitslosigkeit beizukommen. Vom Jugendbildnis oder Berufsstandpunkt sei das Problem keinesfalls zu betrachten, sondern nur von allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte. Am erstrebenswertesten sei die Fünfzigstundenswoche.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde das Vorgehen der im Jahre 1925 unter der Bezeichnung „Konzentration“ gegründeten Dachgesellschaft der sozialdemokratischen Zeitungsbetriebe in der Lohnabbau- und Arbeitszeitfrage kritisch unter die Lupe genommen. Das

gleiche war der Fall gegenüber den Maximen der Vereinigten Zeitungsverlage (G. m. b. H.) der kommunistischen Presse. Es wurde dazu ausführlich dargelegt, daß in jedem Falle nichts unverzagt geblieben ist, um der „Konzentration“ gegenüber die Interessen der in Parteibetrieben beschäftigten Verbandsmitglieder zu wahren. Das werde auch jernerhin geschehen. Zwischen der „Konzentration“ und dem Verbandsvorstand wurde die Vereinbarung getroffen, daß in allen Konfliktfällen die örtlichen Verbandsinstanzen zu Verhandlungen hinzuzuziehen sind. Von den sonstigen in der Debatte berührten wichtigen Fragen seien hier noch die Verbote links- oder rechtsradikaler Zeitungen erwähnt, die sich in letzter Zeit stark häuften. In Wahrnehmung der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Mitglieder, die am schwersten unter den Zeitungsverboten zu leiden haben, sind vom Verbandsvorstand zwei Eingaben an die Reichsregierung gerichtet worden, und außerdem kam es zu mündlichen Verhandlungen im Reichsinnenministerium, wobei zugestanden wurde, daß in Zukunft Presseverbote möglichst nur auf eine Woche ausgedehnt werden sollen, so daß die Geltungsdauer des Verbots mit dem Ende der Kündigungswoche zusammenfallen und den Arbeitern kein Lohnverlust entstehen würde. Vom Verbandsvorstand wurde an Regierungsstelle weiter für die sofortige Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an die von Zeitungsverboten betroffenen Kollegen eingetreten. Als erwünscht wurde es ferner in der Debatte bezeichnet, die Frage der Lehrlingsordnung in Verbindung mit ihren rechtlichen Voraussetzungen sowie die Arbeitsgerichtsbarkeit überhaupt auf einer Gawovorlehrlingskonferenz zu erörtern, und zwar unter Berücksichtigung der auf dem Frankfurter Gewerkschaftsalltag behandelten arbeitsrechtlichen Gesamtlage. Mit auffällendem Ausmaß wurden die Verbandsvorsitzenden nach jeder Seite hin fand die interessant verlaufene Aussprache ihren Abschluß.

Inzwischen war die mit der Nachprüfung bzw. Sonderberatung der Vorlage des Verbandsvorstandes beauftragte Kommission mit ihrer Arbeit zu Rande gekommen und unterbreitete durch ihren Berichtstatter die schon in der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 76 des „Korr.“ veröffentlichten Neufestlegungen der Verbandsunterstützungen einer nochmaligen Aussprache. Aus der näheren Begründung der einzelnen Punkte ergab sich, daß auch durch diese Neuregelung für das mit aller Vorzicht berechnete vierte Quartal 1931 noch keine volle Deckung der Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu erwarten sein wird, daß vielmehr ein weiterer erheblicher Zufluß aus dem Verbandsvermögen erforderlich sein werde. Eine Abänderung oder Ergänzung erfuhr die Vorlage des Vorstandes nur durch einige Erleichterungen der vorgeschlagenen Begrenzung der Notstandsunterstützung, durch Aufhebung der Unterstützung bei Kurzarbeit und die Beitragsregelung für Kurzarbeiter. Weitere Erleichterungen des Finanzausgleichs konnten trotz vielseitiger Berechnungen und Erörterungen innerhalb der Kommissionsberatung wie auch in der Aussprache nicht gefunden werden. Infolgedessen wurde die Vorlage unter Zustimmung aller Mitglieder des Verbandsvorstandes einstimmig zum Beschluß erhoben.

Ferner hatte sich die Kommission mit einer Anregung der Angestellten im Verbandsvorstand zu befassen, nach der das schon seit Oktober v. J. von ihnen freiwillig übernommene Notopfer im Hinblick auf die starke Belastung der Verbandskasse durch die große Arbeitslosigkeit eine wesentliche Erhöhung erfahren soll. Dieser Anregung empfahl die Kommission in dem Sinne zu entsprechen, daß die Angestellten des Verbandes je nach den örtlichen Verhältnissen auf 15 bis 20 Proz. des 200 M. übersteigenden Betrages ihrer auf dem Frankfurter Verbandstag festgelegten Gehälter verzichten. Das bedeutet eine Erhöhung des bisherigen freiwilligen Notopfers aller Verbandsangestellten bis zur Verdopplung oder einen Viertelteil von den unteren bis oberen Gehaltsstufen von 8 bis 13 Proz. des Gesamtgehalts.

Beim Punkt „Verschiedenes“ wurden Angelegenheiten in größerer Anzahl teils nur zur Kenntnis genommen, teils einem Meinungsaustausch unterzogen oder durch bestimmte Stellungnahme für die weitere organisatorische Behandlung erledigt. Aus Zeitungsverlegertreffen wurde vor einiger Zeit ein Verbot der Sonntagsarbeit für Sonntags- und Montagmorgenzetelbetriebe beschlossen. Unser und der dafür in Betracht kommenden Gewerkschaften Vorstelligen gegen die Auswüchse in der Sonntagsarbeit namentlich von rheinisch-westfälischen Zeitungsverlegern stieß immer auf Widerstand, weil ein großes öffentliches Interesse vorliegt, welcher Auffassung auch von den Behörden Raum gewährt wurde. Die Landesregierungen sind nunmehr durch das Reichsarbeitsministerium zu Erhebungen über den Umfang der Sonntagsarbeit angehalten worden. Da man unsere Vorstellungen bisher immer entgegengetreten ist, kann nicht erwartet werden, daß wir die schon so stark verringerte Arbeitslosigkeit noch verringern helfen, nachdem endlich die Sonntagsarbeit in die Wochenarbeitszeit einbezogen ist. — In die Frage der Tendenzbetriebe scheint sich die Zeitungsverlegerorganisation ebenfalls in einem Grade einplanen zu lassen, wie es ihrer Pflicht zu einer neutralen Haltung auf parteipolitischem, religiösem und gewerkschaftlichem Gebiet nicht entspricht. Wenn christliche Druckerei- oder Zeitungsbetriebe glauben, ihre technischen Arbeiten von christlichen Gutenbergländern herstellen lassen zu müssen, anstatt dem für sie rechtswertigen Buchdruckerzertifikat im § 1 Ziffer 2 zu genügen und alle parteipolitischen und religiösen Gesichtspunkte im Arbeitsverhältnis ausgeschlossen sein zu lassen, dann sollte solchem tarifwidrigen Streben auch nicht einmal indirekt

Beistand gewährt werden. Wenn weiter damit argumentiert wird, christlich eingestellte Auftraggeber verlangten eine solche Bevorzugung des Gutenbergländers eben aus weltanschaulichen Gründen, so würden sich daraus für das Gewerbe ganz unabsehbare Konsequenzen ergeben. Das wurde auch dem Deutschen Buchdrucker-Verein in einer Besprechung mit dem Verbandsvorstand deutlich vor Augen geführt. Der im § 1 des Tarifs ausgeprochene Grundsatz hat schon bei Errichtung des neuen Tarifgebäudes nach schwerer wirtschaftlicher Auseinandersetzung mit der Prinzipalität Aufstellung gefunden. Bei den ersten gemeinsamen Verhandlungen im April 1896 erklärte ein namhafter Prinzipalführer durchaus nicht für sich allein: Es sei doch unmöglich, daß ein deutscher Buchdruckerbetriebe das Koalitionsrecht verlegen könnte; wie nicht nach der Religion der einzustellenden Arbeiter gefragt werden dürfe, so auch nicht nach der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation. Bei den Septemberverhandlungen des Tarifausgleiches im Jahre 1896 wurde dann für die zu schaffenden Arbeitsnachweise eine dementsprechende Sicherung beschlossen, in die Arbeitsnachweisbestimmungen aufgenommen und in dem ersten Tarifkommentar sogleich verankert. So ist also bereits vor 35 Jahren ein wichtiger moralischer Grundsatz tariflich festgelegt worden und ist von der Tarifgemeinschaft in den heutigen Organisationsvertrag übernommen worden. Der Gutenbergländer bestand 1896 aber schon einige Jahre und konnte Jahrzehnte hindurch unter dieser klaren tariflichen Bestimmung weiter bestehen. Wenn nunmehr mit dem Tendenzparagrafen im Betriebsratsgesetz aus kirchenpolitischen Gründen usw. eine Großpöpelung des Gutenbergländers versucht wird, so müßte solche Umwertung bestimmter Prinzipalbestimmungen dem Gutenbergländer, wenn er seine Behauptung, eine richtige Gewerkschaft zu sein, bewahren will, nur unangenehm sein und ihm selbst an der Einstellung derartiger Prinzipalsbegünstigung alles liegen. Daß mit solcher gewagten Auslegung des Tendenzparagrafen für den Gutenbergländer nichts zu holen ist, hat eine Reichsgerichtsentscheidung vom Juli d. J. bewiesen unter deutlicher Hervorhebung des § 1 Ziffer 2 des Tarifs. Der von der Druckerei des Zentrums hauptorgan „Germania“ in Berlin im größeren Umfang praktizierte Anflug mit dem Begriffe der Tendenzbetriebe ist im Juli vom Landesarbeitsgericht Berlin sogar als ein Verstoß gegen § 159 der Reichsverfassung befunden und dabei auf eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom April 1929 abgehoben worden. Der Verband wird allen Verleugern, das religiöse Moment zu einem Streitpunkt im Arbeitsverhältnis werden zu lassen, auch weiter entgegenstehen. Und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil die Zahl der auf dem Boden christlicher Weltanschauung stehenden Mitglieder innerhalb unsres Verbandes um ein Vielfaches größer ist als im ganzen Gutenbergländer, der nur darauf abzielt, mit religiösen Begriffen noch besondere Geschäfte zu machen.

Auch mit der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins und seiner vorausgegangenen Hauptvorstandssitzung in Swinemünde, auf die wir demnächst noch eingehender zurückkommen werden, mußte sich diese Aussprache mit den Gawovorstehern ausdehnen, und zwar bezüglich des „Jungbuchdrucker“, dem Lehrlingsorgan unsres Verbandes. Die auf der Prinzipalversammlung dem „Jungbuchdrucker“ infolge angeblicher „hegemonischer und radikalpolitischer Einstellung“ erteilt gewordene Behandlung im Verein mit den gegen solche „arbeitgeberfeindliche Beeinflussung Jugendlicher“ erzwungenen Maßnahmen können nicht anders als zu der Aufspaltung führen, dem DBV mangelte es sogar jetzt noch an Schwierigkeiten. Nur wer von der heutigen Jugend keine Ahnung hat, wenn noch nichts von der Radikalisierung der Arbeiterfamilien durch die Sturmflut der Arbeitslosigkeit wie durch Notverordnungsbedrückungen und harte Lohnabbaurückfälle bekannt geworden ist, kann von einem gewerkschaftlichen Lehrlingsorgan erwarten, daß sich alles noch in der Tonart ehemaligen Siegelers abwickeln müsse. Daß die Jugend von heute ebendrei das mit Hoßbrunn von der kommunistischen Werbung verfolgte Objekt ist, wissen die Herren vom DBV, auch nicht. Deshalb schlagen sie in völliger Verrennung der bestehenden Verhältnisse wild gegen den „Jungbuchdrucker“ aus, wollen seine Verbreitung in der Druckerei verbieten und tragen sich mit der Absicht, vom DBV aus mittels einer besonderen Lehrlingszeitung die Buchdruckerjugend fitfam und beschneiden zu erziehen. Die Verteilung des großen Kostenpunktes bildet das einzige sichtbare Moment in dieser Zwangsverstellung, die Buchdruckerjugend nach eignen Rezepten erzieherischer Knechtlichkeit noch im Prinzipalinteresse einzufangen zu können. Wenn der DBV, die Knechtlichkeit seiner nach dem Kampf von 1891/92 gegen die Gewerkschaft gerichteten Gründungen und Maßnahmen: Verbot der Verteilung des Verbandsorgans in den Druckereien, Herausgabe einer Druckereiausgabe der „Zeitschrift“ für die Gehilfen und Schaffung der Prinzipalstufe, sich wieder vor Augen führt, dann müßte er ohne Besinnen die Finger von „Aktionen“ zur „Kettung“ der nun besten organisierten Buchdruckerlehrlinge lassen, die zu keinem andern Ergebnis führen würden als zur Wiederholung der damaligen blamablen Mißereignisse.

Im weiteren wurde Mitteilung gemacht, daß die Reichsbahnverwaltung gegenwärtig eine Vereinfachung aller Fahrplanbücher, Taktplanbücher und Ausschankfahrpläne betreibt, bei der die letzteren durch Herausphotographieren aus den Spalten der Fahrplanbücher künftig unter Zustimmung des Offizialdruckes hergestellt werden sollen. Auch der Maternaaustausch soll für die in den vertriebenen Fahrplanbüchern gleichbleibenden Streckenfahrpläne mit herangezogen werden. Da bei dieser einem

gefunden Prinzip gewiß entsprechenden Vereinheitlichung auch Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen eine Rolle spielen und künftig eine nicht unbeträchtliche Verminderung an Arbeitsgelegenheit besonders für den Hand- und Maschinenbau eintritt, hat der Verbandsvorstand durch persönliche Vorstelligkeiten auch eine Abwendung der in diesen Maßnahmen liegenden Schädigungen versucht. Es wurde zugelangt, daß unsere Einwendungen geprüft werden.

Auf Grund der Internationalen Beschlüsse ist bezüglich der Aufteilung des Tief- und Offsetdruckgebietes mit dem Verband der Lithographen und Steindrucker eine Vereinbarung getroffen worden, wonach mit Beginn des vierten Quartals alle Tiefdrucker, die noch im Lithographen- und Steindrucker-Verband organisiert sind, in den Verband der Deutschen Buchdrucker und die noch in unserem Verband verbliebenen Offsetdrucker in den Verband der Lithographen und Steindrucker übertreten haben. Die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse für beide Kategorien erfolgt künftig nur noch nach den zuständigen Tarifen. Da bei der unveränderten Verlängerung des Chemigraphentarifs die auf Tiefdrucker bezüglichen Bestimmungen nicht ausdrücklich getrichen wurden, der Deutsche Buchdrucker-Tarif von 1930 aber Tarifbestimmungen über den Tiefdruck geschaffen hat und dieser Tarif für allgemeinverbindlich erklärt worden ist, mußte in letzter Zeit mehrfach der Tarifkonkurrenzstreit vor unsern Schiedsinstanzen ausgetragen werden, wobei die Beihilfsfrage für den Tiefdruck eine erhebliche Rolle spielte. Die Tarifinstanzen des Deutschen Buchdrucker-Tarifs haben sich trotz aller prinzipialseitig erhobenen Einwände für zuständig erklärt und nach den Bestimmungen dieses Tarifs entschieden. Danach ist das Falten von Beihilfen im Tiefdruck nur im letzten Lehrjahr, nicht aber für die ganze Dauer der Lehrzeit gestattet. — Für die Gewerkschaftshilfe in Bernau wird für 1932 wieder eine Sammelklasse für das graphische Gewerbe belegt.

Auf jeden der vier Verbände entfallen 10 Schüler. — In der Referentenfrage für Verbandsversammlungen wurde betont, es müßte von der Anforderung bestimmter Mitglieder des Verbandsvorstandes unbedingt Abstand genommen werden. Es ergeben sich geschäftliche Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten anderer Art durch Versteifen auf bestimmte Vorstandspositionen. — Auf Anfrage wurde Einmütigkeit festgestellt, daß Verbreiter des „Graphischen Blocks“ und Flugblattverteiler für die RGD, zu gewärtigen haben, daß sie wegen solcher aktiven Betätigung für die RGD, und damit gegen die Gewerkschaften zum Ausschluß gestellt werden können. Kandidaten für sogenannte rote Betriebsräte, die wegen ihrer Betätigung im Interesse der RGD, ausgeschlossen wurden, können natürlich nicht nach einigen Wochen oder Monaten wieder mit Aufnahme in den Verband rechnen. — Für den Verbandstag 1932 sollen bestimmte Dispositionen erst erfolgen, wenn die wirtschaftliche Lage durchsichtiger geworden ist. — Zum Schluß hat Kollege Wolfram als Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen etwas früher aus dem Amte geschiedenen Kollegen Fülle um alleseitige Unterstützung der Verbandsfunktionäre unter diesen auch für die Beihilfsabteilung schwierigeren Zeitumständen, damit sie trotz allem weiter gut vorwärts kommt.

Verbandsvorsitzender Krauß beendet hiernach am Abend des 20. September die Aussprache mit den Gauvorsitzern, indem er wünschte, daß die mit schwerem Herzen gefaßten Beschlüsse sich zum Besten des Verbandes erweisen mögen!

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



August Steding in Bremen
Eingetretten: 25. September 1881 — Jetzt 50nabale

machen. Es begann jenes rasche Abziehen der ausländischen Guthaben, wie wir es zuvor in Deutschland erlebt hatten. Die Bank von England hat in zwei Monaten etwa 200 Millionen Pfund oder 4 Milliarden Mark an Gold und Devisen zurückzahlen müssen. Die Abzüge hatten in den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch eine derartige Höhe erreicht, daß sich die englische Regierung am Sonnabend, dem 19. September, gezwungen sah, die Goldbeihilfungs-pflicht der Bank von England außer Kraft zu setzen. Das waren die Vorgänge, die zum Zusammenbruch des größten Weltzentrums geführt haben.

Die Entwicklung in den letzten Jahren hat zu eigentümlichen Zuständen geführt. Das Gold, jenes gelbe Metall, an dem sich die Kulturwelt auf Gebel und Verberd gebunden, hat sich an bestimmten Punkten festgesetzt. New York und Paris verfügen über zwei Drittel des gesamten Goldvorrats der Erde. Von den monetären Goldbeständen der Welt in Höhe von 51,6 Milliarden Mark besitzt USA 20,8 Milliarden und Frankreich 9,3 Milliarden. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein Goldbestand in Frankreich in Höhe von 226 M., in USA von 170 M., in England von 73 M. und in Deutschland von 23 M. An diesen Zahlen kann man erkennen, wie sich die internationale Macht verschoben hat. Nicht nur die wirtschaftliche Macht, sondern auch die politische hat sich in diesen beiden Ländern konzentriert. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer weltwirtschaftlich nicht zu ertragen. Es geht nicht an, daß viele Länder ängstlich auf ihren Goldbeständen sitzen und die übrigen dadurch zu Sklaven gemacht werden. Würde die internationale Solidarität der Völker kein leerer Wahn sein, dann wäre diese Krise recht bald behoben. Aber ohne Konjessionen politischer und wirtschaftlicher Art werden Frankreich und die Vereinigten Staaten nicht bereit sein, auf ihre Machtposition zu verzichten.

Das Schicksal der Arbeiterklasse in Deutschland, England und vielen anderen Ländern ist jetzt erneut in Frage gestellt. Der Aufstieg aus dieser furchtbaren Lage wird sich nur um so schwieriger gestalten. Es werden Pläne erwogen, das Pfund auf der Basis von vier Dollar, gleich 16,80 M., zu stabilisieren. Dadurch würde eine künstliche Schutzmauer um England errichtet und der Weltmarkt sehr gestört werden. Nach England geht ein großer Teil der Industriewaren der europäischen Exportstaaten. Durch eine Entwertung der Sterlingwährung würden diese Länder Schwierigkeiten großer Art zu überwinden haben, um ihre Handelsbilanz auszugleichen. Für Deutschland kommt noch hinzu, daß der deutsche Export in der Hauptsache in der Sterlingwährung finanziert wurde. Alle Finanztransaktionen, die in Pfund vorgenommen wurden, stehen heute mehr oder weniger ungesichert da. Die Verluste werden nicht gering sein. Trotzdem glauben wir nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß dieses akut gewordene Dilemma aus dem Goldfieber der Weltwirtschaft einen immer stärker werdenden Zwang zur Besinnung und endlicher friedlicher Verständigung für alle von der Weltwirtschaft abhängigen Staaten und Völker sein könnte. In diesem Sinne erhält der gerade in diese Tage fallende französische Ministerbesuch in der deutschen Reichshauptstadt eine besonders schicksalsschwere Bedeutung. Denn eine vernünftige, auf tatsächlicher Gleichberechtigung beruhende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auf politischer und wirtschaftlicher Basis ist die wichtigste Voraussetzung für eine noch mögliche Rettung der gesamten europäischen Kultur vor einem jähen Absturz in ein grenzenloses Chaos.

Arbeitslos - wie lange noch?

Seit längerer Zeit wird der Kampf um die vierzigtausend bzw. um die fünfzigtausend geführt. Viel Tinte ist dierauf schon verfließen, manche schwierige Verhandlungen sind schon geführt worden. Die Regierung hat Unternehmer und Arbeiter zusammengeführt, um dieses schwere Problem zu lösen. Die Forderung der Millionen, die aus dem Erwerbsleben ohne jede Schuld herausgeworfen wurden, war anfangs groß; heute ist diese Hoff-

nung nicht nur sehr gering, sondern man redet darüber nicht mehr, weil man weiß, daß — wenn die verkürzte Arbeitszeit wirklich von Gesetzes wegen eingeführt werden sollte — die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden oder die Einführung der Fünftagewoche nur einen verhältnismäßig sehr kleinen Tropfen aus dem heißen Stein bedeuten würde. Ist man sich doch darüber klar, daß Neueinstellungen nicht im prozentualen Verhältnis zur Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen würden. Ja, in manchen Berufen würde bestimmt verlangt werden, mit der verkürzten Arbeitszeit dasselbe Arbeitspensum durch noch radikalere Anstrengung und äußerste Ausnutzung von Mensch und Maschine zu erreichen. Nur da, wo eben schon die äußerste Rationalisierung ihren Eingang gefunden hat (das dürfte allerdings bei der überwiegenden Mehrzahl aller Betriebe der Fall sein), könnten vielleicht geringfügige Einstellungen vorgenommen werden, wenn nicht, wie z. B. im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe, durch Verminderung des Seitenumfanges und andre Mittel die Arbeitsmöglichkeiten geschnitten würden. Regierung und Gewerkschaften sind sich wohl darüber endgültig klar, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei den heutigen Verhältnissen auf die ungeheure Arbeitslosigkeit fast keinen Einfluß ausüben würde. Und doch müssen sich Regierung und Gewerkschaften dessen bewußt sein, daß die Arbeitslosigkeit in diesen nie gekannten und geahnten Ausmaßen in absehbarer Zeit das Grab für den Staat und damit selbstverständlich auch für die Gewerkschaften bedeuten.

Wie lange noch, und der Staat ist nicht mehr in der Lage, die Unterhaltungen für die Erwerbslosen aufzubringen. Die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände, deren Zahl natürlich von Tag zu Tag wächst, ist heute schon so gering, daß eine weitere Verkürzung einbüßend ist und eine solche glatte Weg als Mord an den Wohlfahrtsempfängern betrachtet werden müßte. Die ungeheure Not kann man nur ermaßen, wenn man sich ständig in diesen Kreisen bewegt, kann man nur fühlen, wenn man selbst Wohlfahrtsempfänger geworden ist. Da helfen Sammlungen nicht viel. Wenn jemals das Wort „Nur Arbeit kann uns retten!“ Gültigkeit hatte, dann ist es jetzt der Fall: Gebt den Millionen Arbeit und Verdienst, und das grenzenlose Massenelend wird gelindert.

Auch die Steuermöglichkeiten sind begrenzt. Der noch in Arbeit Stehende hat so viel an Abgaben (Steuern, Krankenkassen, Invaliden-, Verbandsbeiträge, Bürger- und Krassensteuer usw.) aufzubringen, daß er oft nicht viel mehr hat als der Arbeitslose, zumal Kurzarbeiter in vielen Betrieben schon Eingang gefunden hat. Ungeheuer sind die Summen, die für Unterhaltungszwecke ausgegeben werden müssen, und sie wachsen immer noch. Ungeheuer sind die Summen, die aufgebracht werden müssen, und sie werden immer kleiner. Selbst der größte Optimist begreift, daß die Lage katastrophal ist. Und es gibt wohl kaum einen Menschen, der nicht sorgenvoll in die Zukunft sieht.

Veruche zur Vinderung der Not und zur Vinderung der Arbeitslosigkeit sind nicht selten. Siebungsmöglichkeiten wurden erwoogen, ausgeführt, und gar mancher Arbeitslose hat eine Existenz gefunden. Aber wie wenige Glückliche sind es doch im Verhältnis zur Millionenzahl von Erwerbslosen, die sich durch schwere, angestrengte Arbeit diese Existenz schaffen konnten.

So verucht man z. B. jetzt auch in Ratingen (Westf.) durch Inbetriebnahme einer Spinnerei der Arbeitslosigkeit zu steuern. Diese Spinnerei soll auf genossenschaftlicher Grundlage mit 200 Arbeitern geführt werden. Alle Werksangehörigen sollen 25 Proz. ihres Einkommens zur Kapitalbildung zur Verfügung stellen. In Oberhesseln wird ein ähnlicher Versuch, nur in anderer Form, vorgenommen. Dort hat sich die Belegschaft eines Bergwerks mit der Leitung über eine besondere Form der Arbeitszeitverkürzung geeinigt. So soll der einzelne Arbeiter sechs Monate lang voll beschäftigt und den sechsten Monat beurlaubt werden. Die halbjährige Beschäftigung erleichtert also den Feiertag. Auf diese Weise sollen 1400 Arbeiter, die früher entlassen wurden, wieder beschäftigt werden. Zweifellos wird dadurch der Arbeitsmarkt entlastet. Ob sich diese Regelung bewährt, muß aber abgewartet werden.

Daß aber gegen die Arbeitslosigkeit unbedingt etwas Fühbares getan werden muß, und zwar so schnell wie möglich, das steht wohl außer Frage. Es wurde schon mancher Weg vorgeschlagen, und, wie man aus den eben genannten Beispielen ersieht, wird manches versucht.

Soll für unser Gewerbe ein fühlbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit eintreten, so können wir uns auf eine 40stündige Arbeitszeit nicht mehr einlassen, da diese durch die Verhältnisse längst überholt ist. Soll wirklich etwas Zweckdienliches getan werden, dann muß man eben ganze Arbeit leisten, die der gegebenen Notlage auch entspricht. Wir müssen deshalb die 30stündige Arbeitszeit oder die Vierertage-Arbeitswoche mit etwa 32 Stunden fördern. Auf dieser Grundlage kann man rechnerisch besorgen, daß, wenn auch vielleicht nicht sofort alle, so doch ein sehr großer Teil der arbeitslosen Kollegen wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden könnten. Diese Regelung würde dem Gespinnst der Arbeitslosigkeit endlich ein Paroli bieten. Bei einer Regelung der 30stündigen Arbeitszeit in fünf Tagen könnte da, wo heute ein einziger Schicht gearbeitet wird, in zwei Schichten gearbeitet werden, so daß ein Mangel an Arbeitsplätzen gar nicht in Frage käme, im Gegenteil wäre das unter Umständen für die Unternehmer eine Entlastung (durch bessere Ausnutzung von weniger Maschinen, Ersparung von Strom u. a.).

Die englische Finanzkrise und ihre Folgen

Das reiche England, das selbst die Goldwährung geschaffen und sie zur Grundlage des Weltwesens der ganzen Welt gemacht hat, ist gezwungen worden, diese Goldwährung aufzugeben. Das ist ein Vorgang, der bisher als unfaßbar angesehen wurde. Was unter andern Verhältnissen niemals eingetreten wäre, hat die gegenwärtige Geldkrise zugezwungen. Die Bank von England, dieser Hort des internationalen Kapitals, sah sich gezwungen, zu kapitulieren. Seit Menschengedenken war London der starke Finanzier der ganzen Welt. Der Krieg hat die Weltstellung Englands nicht nur finanziell, sondern auch politisch und wirtschaftlich erschüttert. Trotz alledem war London noch immer ein starker Posten in der internationalen Wirtschaft. Nun sah sich England gezwungen, die Einkünfte des Pfunds gegen Dollar außer Kraft zu setzen. Dies ist ein Ereignis von ungeheurer Schwere. In welcher Weise die Weltwirtschaftskrise dadurch verschärft werden wird, vermag im Augenblick niemand zu überblicken. Als die Finanzkrise in Österreich ausbrach, machte man sich darüber keine allzu großen Gedanken. Bedenklicher wurde die Sache schon, als Deutschland in jene furchtbare Zwischmühle hineingeriet. Aber gegen Deutschland war man mehr oder weniger mißtraulich, um schließlich doch einzusehen, daß es sich hier um eine Auswirkung der Weltkrise handelte, die sehr ernst zu nehmen ist. Und nun folgt England. Allein die Nachricht, daß die Goldwährung in England für eine Zeit aufgehoben ist, bewirkte, daß die Börsen nicht nur in London, sondern auch in Berlin, Amsterdam, Stockholm und an andern Goldplätzen der Welt geschlossen wurden. Nur Frankreich und USA hielten ihre Börsenläufe geöffnet. Der Zusammenbruch der englischen Währung hat verschiedene Ursachen. England war stark an dem Zusammenbruch in Österreich und Deutschland beteiligt. Durch das Stillhalteabkommen mit Deutschland sind 1,4 Milliarden Mark englische Kredite beschlagnahmt. Der Wechsel der englischen Regierung, die überstürzten Maßnahmen zur Sanierung der englischen Finanzen, der Streik der englischen Regierungskassette und mehrere andre Gründe wirkten zusammen, um das Weltkapital mißtraulich zu

Gewiß ist diese Forderung leichter gestellt als erfüllt. Jeder Entschlossene wird wohl zugehen müssen, daß zwar manche Schwierigkeiten zu überwinden wären, daß die Erfüllung dieser Forderung aber durchaus möglich ist. Zunächst liegt die Schwierigkeit — das muß hier gesagt werden — in den noch voll Arbeitenden, die begrifflicherweise befristeten, daß bei einer solchen Verkürzung der Arbeitszeit ihr Einkommen bedeutend vermindert würde. Wo aber der Solidaritätsgedanke und nicht der nackte Egoismus herrscht, da läßt sich diese Schwierigkeit wohl beheben. Und da gerade bei unsren Kollegen der Solidaritätsgedanke noch immer hoch im Kurs stand und heute noch — abgesehen von wenigen unruhmlischen Ausnahmen — steht, so hätte diese Schwierigkeit eine untergeordnete Bedeutung, wenn die Arbeitgeber in der jetzigen Notzeit mehr soziales Verständnis, und zwar schließlich auch im eigenen Interesse, zeigten. Das dürfte aber nach unsren Erfahrungen die größte Schwierigkeit sein. Die heutigen Zeitverhältnisse sind so, daß eine Lösung gefunden werden muß, soll das bisherige Weiterwurzeln nicht der Ruin der gesamten Wirtschaft werden. Würde eine Regelung in freier Form nicht gefunden werden, so müßte eben die Regierung ihr Nachwort sprechen. Und die Regierung wird über kurz oder lang zwangsmäßig dieses Nachwort sprechen müssen, wenn wir einmal aus diesen Zuständen herauskommen wollen.

Daß wir als Arbeiter einen großen Teil des Lohnausfalls tragen müßten, wäre nach Lage der Verhältnisse nicht zu vermeiden. Jeder noch Arbeitende muß sich die Frage stellen, ob er bei einer solchen Regelung nicht besser dran wäre, als wenn er schließlich doch auch noch zum Heer der Arbeitslosen zählen sollte.

Die Lohnfrage könnte vielleicht in der Form gelöst werden, daß an einem Ort ohne Lokalaufschlag ein Stundenlohn von etwa 1,20 M. gezahlt werden müßte. Das wäre dann bei 30 Stunden ein Verdienst von 36 M. pro Woche. Der heutige Lohn beträgt für die C-Klasse 4 M., so daß ein Wenigerdienst von 8 M. wöchentlich zu verzeichnen wäre. An einem Ort mit 25 Proz. Lokalaufschlag beträgt heute der Lohn 55 M. Nach dem oben angenommenen Mindestlohn würde der Wochenlohn bei 30 Stunden 42,00 M. betragen, also ein Verlust von 12,10 M. pro Woche. Das wäre gewiß ein sehr schmerzhafter Erwerbsergebnis. Aber die harten Notzeiten erfordern harte Mittel, und man hätte doch wieder die Hoffnung, daß es dann auch besser würde. Denn wenn die Millionen Erwerblosen Verdienst haben, dann kann man damit rechnen, daß durch das raschere Rollen des Geldes die Produktion sich wieder hebt, weil der Verbrauch größer wird. Wird aber die Wirtschaft einmal auf diese Art und Weise „angekurbelt“, dann kann man auch damit rechnen, daß diese Notzeit wieder einer besseren Zukunft Platz machen wird. Es geht aber auf die Dauer nicht, daß ein Teil der Arbeiterschaft durch irgendwelchen Zufall in Arbeit bleibt, während der andre gleichwertige Teil schuldlos dem Elend preisgegeben wird.

Bei einer allgemeinen Regelung in dieser Form würde der Staat auch nicht mehr die ungeheuren Gelder für Unterhaltungen aufzubringen haben. Es müßten erhebliche Steuererleichterungen eintreten, ja, einzelne Steuern, wie z. B. die Bürger- und Kräfsteuer, müßten ganz verschwinden. Die Beiträge zu den Kassen sowie die Verbandsbeiträge würden sich entsprechend vermindern, so daß der Lohnausfall zu einem Teil auch dadurch gemindert wäre. Der Anteil der Arbeitgeber wäre dann auch geringer, und auf diese Weise würden die Gelder, die jetzt zum größten Teil durch die unproduktive und wirtschaftsschädigende Arbeitslosigkeit aufgebracht werden, der Produktion und damit der Erholung der Wirtschaft zugeführt.

Wenn es einen Weg gibt, wieder zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen zu gelangen, wenn das unheimliche Gespenst der Arbeitslosigkeit gebannt werden soll, und wenn wir die Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben wollen, so müssen wir uns zu einer Tat aufraffen, die etwas Ganzes schafft, und wenn wir so, eine wirkliche Notgemeinschaft bildend, aus diesem Chaos herauskommen, so dienen wir dem Staat und damit auch uns selbst. Diese befreiende Tat muß aber bald kommen, ehe es zu spät ist.

Köln.

D. Jot.

Korrespondenzen

Wo. Brandenburg (Havel). Unsere Bezirksversammlung im August wurde von den Sängern der „Graphia“ durch gut vorgetragene Vieder eingeleitet. Im Anschluß daran begrüßte der Bezirksvorsitzende die Erschienenen, insbesondere die Gäste; einige Bezirke, die durch Begrüßungsschreiben ihre Verbundenheit zeigten, wurden vertreten. Hierauf wurde das Andenken an fünf im Berichtsjahr verstorbenen bewährten Kollegen gelehrt. Nach der Erklärung des Kassenberichts sprach Kollege Kretschmer, Vorkämpfer im Verbandsvorstand, über das aktuelle Thema „Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise“. Das Wichtigste seiner Ausführungen sei kurz wiedergegeben: Wir müssen vom Objekt zum Träger der Wirtschaft werden, das ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften. Notzeiten gab es immer, und im kapitalistischen Zeitalter noch viel mehr; die jetzige ist eine tiefste Abszisse, denn die große Masse hat kein Geld. Geändert kann dies alles werden, wenn man erkennt und durchführt, daß Wirtschaft Entwicklung der Menschheit bedeutet und nicht immer handelt, als wären die Menschen wegen der Wirtschaft da! Kampfhaft Wirtschaftsführer äußern sich auf im erkennenden Sinne und decken in Wort und Schrift die Schäden ihrer Klasse auf; aber Theorie und Praxis: es fehlt der Mut und der Wille zur Konsequenz! Von den vielen Kommissionen, die die Weltkrise in ihren Ursachen ergründen

sollen, gibt eine englische nachstehende Gründe an: Kriegsfolgen, planlose Wirtschaftsführung; in Deutschland kommt noch hinzu die zu schnell durchgeführte Rationalisierung, verkehrte Zollpolitik und kurzfristige Antieinflusspolitik. Schnell und unheimlich wurde das verkehrte System aufgedeckt durch den Zusammenbruch der großen Banken. Nur dadurch, daß eine Notverordnung die andere jagte, konnte die Gefahr des völligen Zusammenbruchs verhindert werden. Die Führer der Wirtschaft ziehen auch daraus noch Nutzen und schäben den Gewerkschaften und dem Marxismus die Schuld in die Schuhe; ihr einziges Heilmittel ist: Beseitigung der tariflichen Einrichtungen und Beseitigung des Sozialstaats. Wie hochsprühend gerade das für Deutschland ist, zeigt eine Statistik des Internationalen Arbeitsamts, woraus zu ersehen ist, daß wir in Löhnen an achter bis zehnter Stelle in der Welt stehen. Ein Buchdrucker muß für die täglichen Lebensmittel 7½ Stunden arbeiten; wo bleibt alles andre? Der Einfluß der Gewerkschaften, um ihre schon des öfteren veröffentlichten Maßnahmen gegen diese Krise durchzuführen zu können, ist leider zu gering. Vordienste für das Kapital leisten Militaristen und Kommunisten; jedes Mittel ist ihnen recht, um Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu erschlagen und zu verächtigen. Für unser Gewerbe bedeutete früher jede Abschätzung immer eine Konjunktur, diesmal aber nicht; wie stark das in Erscheinung tritt, zeigt die nie so große gewaltige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Für die Finanzen des Verbandes natürlich unerträglich. Die Notverordnung des Verbandes war notwendig und von den Kollegen auch anerkannt, will sie doch das schwierige Problem der Unterstützung für Arbeitslose und Unzulassen lösen. Trotz aller Not und Bankrotts ist die Verbandskasse gut über die Finanzrisse hinweggekommen. Unsere Prinzipale erkennen die Not noch nicht, sonst wären Verhandlungen über die notwendige Arbeitszeitverkürzung erfolgreich. Am Schluß des mit Interesse entgegengenommenen Vortrags erklärte der Referent, daß Optimismus, Vertrauen zur Organisation und enger Zusammenhalt uns auch über den schweren Winter 1931 hinwegbringen werden. In der anschließenden Debatte verurteilte ein Kommunist, seine Partei als die maßgebende Arbeiterpartei hinzuzufügen; nach einer halben Stunde war es der Mehrheit der Versammlung zu bunt und sie verlangte sein Abtreten. Nach langer Debatte wurde beschlossen, daß Brandenburg wiederum der Ort der nächsten Bezirksversammlung sein soll. Kollege Wendt gab dann den Bericht über das abgelaufene Jahr: Wie ein roter Faden immer wieder die Auswirkungen der Krise: Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Brandenburg allein hat zur Zeit 50 Arbeitslose (10 davon nur noch in ordentlicher Unterstellung). In allen Orten des Bezirks natürlich dieselben Klagen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband fand der Bezirkstag seinen Abschluß.

Breslau. (Drucker.) Am 16. August tagte in Liegnitz die 7. jährliche Wanderversammlung des Kreises Breslau der Drucker. Die 300 Druckerkollegen waren aus der ganzen Provinz Schlesien erschienen, um sich nach zweijähriger Pause wieder einmal die Bruderhand zu reichen. Diese Zusammenkunft der schlesischen Drucker war ein Quell neuer Hoffnung und neuer Zuversicht für sie und für die Sparte im besondern. Für eine gute und straffe Organisation und reibungslose Abwicklung der geplanten Veranstaltungen hatte der Kreisvorstand alle Mühe aufgewendet, und so mußte schließlich der erwartete Erfolg eintreten. Letzten Endes aber brachten die Teilnehmer selbst den erforderlichen Geist mit, der zum guten Gelingen einer großen Sache notwendig ist. Bereits am Sonnabend trafen eine Anzahl Druckerkollegen in Liegnitz ein, denen vom Liegnitzer Verein eine Begrüßung zuteil wurde. Am Sonntagmorgen aber rollten dann in der Frühe diezüge und Autobusse mit den Teilnehmern heran, und die Wiedersehensfreude war allgemein. Dieser durfte jedoch nicht allzu großer Spielraum gewährt werden, denn das große Treffen galt ja schließlich auch der Arbeit. Punkt 10 Uhr begann im „Wolfsbau“ die Vorstandskonferenz, in großer Saal eine Filmvorführung der Maschinenfabrik „MWM“ und für die Kollegenzentren eine Führung durch das Maschinenloß und durch die Stadtanlagen. Auf der Vorstandskonferenz waren sämtliche neun Bezirke durch die Bezirksvorstände vertreten. Kollege Franke eröffnete diese und streifte in kurzen Zügen die Geschehnisse innerhalb unserer Sparte in den letzten zwei Jahren. Er gab seiner Freude Ausdruck über die langjährige Funktionstätigkeit vieler Vorstandskollegen und wünschte, sie noch lange zu seinen Mitarbeitern zählen zu können. Ein besonderer Gruß galt dem Führer unserer Sparte, Kollegen Bruno Ackermann (Berlin), der als Vertreter der Zentralkommission erschienen war. Im großen ganzen ist von der Vorstandskonferenz zu berichten, daß sie dem unmissigen Glauben, über bestehende Gegensätze zwischen Großstadt und Provinz und daher anders gelagerten Zielen, ein Ende setzte. Die äußerst lebhaftest Diskussion über die Tagesfragen unserer Sparte zeigte beim auch bald ihren guten Kern, der in einem einstimmig angenommenen Antrag dokumentiert wurde. Neben zwei Resolutionen, die sich mit der kommenden Wertzugsstundenwoche und zum andern mit den Angelegenheiten beschäftigten, wurde auch noch eine solche gegen die wahrheitswidrigen Kostamethoden der Maschinenfabrik „Automatic“ (Berlin) gefaßt. Der nachhaltigste Eindruck von dieser Vorstandskonferenz war bei allen Teilnehmern erstlich und wird auch für die Zukunft sein Gutes zeitigen. In diesem Sinn konnte der Kreisvorsitzende die Vorstandskonferenz schließen. Die Maschinenfabrik „MWM“ hatte ihren Ingenieur Herrn Wolf erkrankt, der mit seinen zweifelhafte maschinentechnischen Erläuterungen zu dem Werkstoff der „MWM“ den größten Beifall der Versammlung erzielte. Hier sei nochmals mit besonderem Nachdruck der „MWM“ und Herrn Ingenieur Wolf für das uns Gebotene gedankt. Im Gegensatz hierzu steht das Verhalten der Großdrucker Krumpholtz in Liegnitz. Allseitig wünschten die Druckerkollegen der ganzen Provinz, diesen Großbetrieb am Sonntagvormittag zu besichtigen. Die Firma Krumpholtz lehnte jedoch dieses Ansuchen einer technischen Berufsorganisation mit der fadenförmigen Begründung ab, daß an einem Sonntag in ihrem Betrieb nicht gearbeitet würde und somit keine Führer vorhanden seien. Ein gutes Beispiel, wie die berufliche Fortbildung in unfern Prinzipalstreifen gefördert wird. Dafür ist aber das Jähern über nichtleistungsfähige Geschäften um so leichter. Einer berufsfremden Gruppe wurde dagegen erst kürzlich

die Besichtigung dieses Betriebes gestattet. Um 12½ Uhr waren alle Kollegen und Gäste zum Teil im „Wolfsbau“ und zum Teil im „Habsburger Hof“ zur Mittagsstunde vereint. Gekostet wohl vertiefte eine Massenpeisung in solch einer muttergütigen Art wie diese. Zur festgesetzten Stunde, um 2½ Uhr, begann die Hauptversammlung. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Mit Begeisterung hörten die Kollegen den wichtigsten Begrüßungsbericht „Empor zum Licht“ des Gefangenen „Gutenberg“ Liegnitz zu. Hierauf begrüßte Kreisvorsitzender Franke alle Erschienenen. Im wenigen Sätzen schilderte er das Unglücken der Wirtschaft seit der letzten Wanderversammlung im Jahre 1929. Die zweijährige Pause sei unsern Kreis nur nützlich gewesen zur finanziellen und ideellen Stärkung. Die heutige Beteiligung beweise das zur Genüge. Wohl finde die Wanderversammlung in einer außergewöhnlich schweren Krisenzeit statt, aber dennoch dürfen wir die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht verlieren. Anzeichen für eine solche seien in der mehr und mehr um sich greifenden Verdrängung der Böller und in dem für den Volksstaat günstig verlaufenen Stahlhelmvolkskampf zu erblicken. Nach dem Verlingen des Liebes, Brüder zur Sonne, zur Freiheit!“ dererlinge Kollege Ackermann über das Thema „Zeitgemäßes aus der Spartenbewegung“. In bekannter Art und Weise gab der Redner den Versammelten ein Bild von dem gesamten staats- und weltwirtschaftspolitischen Geschehen unrer Zeit. Die gewerkschaftliche und insbesondere unrer Verbandstätigkeit erfuhr dabei eingehende Würdigung. Manden Kollegen dürfte bei den Ausführungen des Kollegen Ackermann klar geworden sein, wach gewaltiger Kampf im gegenwärtigen Augenblick zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ausgefochten wird. Einigkeit und Geschlossenheit vermag uns in Zukunft nur vor einem völligen Durcheinander zu bewahren und insbesondere uns Drucker unrer Sonderbestimmungen zu erhalten. Stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. Die nun einsetzende Diskussion bewegte sich in der gleichen Richtung, die der Referent eingeschlagen hatte. Hierauf erläuterte der Kreisvorsitzende den Bericht über die Vorstandskonferenz und empfahl der Versammlung, den Anträgen der Vorstandskonferenz die Zustimmung zu geben, was dann auch in allen Fällen einstimmig geschah. Demnach findet immer am Tage vor jeder Wanderversammlung eine Vorstandskonferenz statt, die von stimmberechtigten Delegierten besetzt ist. Die nächste Wanderversammlung wird im Jahre 1933 in Breslau abgehalten. Auch die drei bereits erwähnten Resolutionen wurden von der Versammlung gutgeheißen und sind ja auch bereits den zuständigen Instanzen zugeleitet worden. Noch einmal sah die Kreisvorsitzende die Geschehnisse des Tages in knappen Worten zusammen und schloß mit dem Wunsch, daß die nächste Wanderversammlung unter einem besseren Stern tagen möge. Mit einem Hoch auf Verband und Sparte bekräftigte die Versammlung, auch in Zukunft in Treue zur Organisation zu stehen. Ein würdiger Verlauf der Wanderversammlung. — Anschließend wurde in kollegialer Weise im Etabliement „Schubertshof“ Abschied von Liegnitz gefeiert. Unrer Liegnitzer Kollegen für ihre Arbeit besten Dank!

Detmold. Unrer Bezirksversammlung am 23. August stand im Zeichen der Arbeitsgemeinschaft. Nach Bestanngabe und Erlebigung der Eingänge des letzten Monats wurde das Ergebnis eines Lehrlingswettbewerbss bekanntgegeben. Der Lehrlingsleiter, Kollege Sattenhauer, machte eingangs Ausführungen über Ziele und Aufbau der Lehrlingsabteilung und berichtete auch über die letzte Gaulehrlingsleiterkonferenz in Duisburg. Kollege Henkel Melles hatte mit unsern Zungens einen Kursus über die Anwendung der neuen Typographie veranstaltet. Als Ergebnis dieser Veranstaltung lag ein Briefbogenwettbewerb vor. Kollege Hentzen-Melles stellte fest, das Resultat sei ein gutes. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn diese jungen Menschen auf diesem Weg weiter fortschreiten würden, sie es zu tüchtigen Fachkräften bringen, und dann auch zuverlässig und feste Stützen unrer Organisation werden. Die angefertigten Entwürfe der Lehrlinge zeugten von viel Fleiß und Arbeit. Als Preise wurden den Lehrlingen wertvolle Bücher ausgehändigt, die vom Ortsverein gestiftet waren. Die Besprechung einer Drucksachenrundendung durch den Kollegen Hentzen-Melles fand ebenfalls das volle Interesse der Versammelten.

Duisburg. (Setzergewerbe, Galvanooplastiker und Schriftgießer.) Die zweite Versammlung unrer Gauerreinigung wurde hier am 23. August abgehalten. Kollege Steinamp hieß die Erschienenen herzlich willkommen, unrer besonderer Begrüßung der Vertreter der einzelnen Vorstände, die ebenfalls auf den Ernst der Zeit hinwiesen, und der Tagung einen guten Verlauf wünschten. Nach Bestanngabe einiger Eingänge besahte man sich ausgiebig mit den augenblicklichen Tagesfragen. Die ungnügliche Wirtschaftslage freifend, stand die große Arbeitslosigkeit sowie der Kampf um Erhaltung der Leistungszulage zur Debatte. Nicht unberührt blieben die Verhandlungen über Einführung der Wertzugsstundenwoche. Eine Entscheidung, in der der Wille der Versammlung zum Ausdruck kam, nur unter bestimmten Bedingungen der Einführung der Wertzugsstundenwoche zuzustimmen, wurde zur Weiterleitung an die Zentrale einstimmig angenommen. Desgleichen fand ein Antrag betreffs der wirtschaftlichen Zeitungsarbeit einstimmige Annahme. Auf den Streit der Spartenfrage eingehend, hielten die Versammelten an dem Fortbestehen und der Selbständigkeit der Sparten fest, betonten, daß doch gerade die Sparten die stärkste Stütze des Verbandes seien. Sodann wurde ein Kollege aufgenommen. Dem Kassenbericht, der gedruckt vorlag und vom Kassierer ergänzt wurde, wurde beabsichtigt zugestimmt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Technischem“ gab Kollege Hönse laars einige Erläuterungen über Reinigungspulver. Eigens von ihm angefertigte Verjuche brachten beachtliche Resultate. Als nächster Versammlungsort wurde Elberfeld vorgeschlagen. Den Abschluß der so anregend verlaufenen Tagung bildete eine von den Duisburger Kollegen arrangierte Rundfahrt durch den Duisburger Hafen.

Düsseldorf. (Drucker. — Halbschreiber.) Die in der Generalversammlung an die Mitglieder gerichtete Aufforderung unrer Vorhändigen Jünner, eifrige Mitarbeit in den Dienst der Sparte zu stellen, hat guten Anklang gefunden. Somit gestaltete sich das Versammlungsleben bedeutend interessanter. Die Versamm-

lungen der Monate Februar, März und April, wo neben technischen Ausstellungen und die Verhältnisse in den Maschinenfabriken sowie der Druckerei auf der Tagesordnung standen, boten immer eine Fülle von interessantem Besichtigungsmaterial, zumal neben dem Druckertag eine Druckausstellung arrangiert war. Diese, die sehr reichhaltig mit Anschauungsmaterial von hiesigen führenden Druckereien, wie Babel, Industriehaus, Schwann usw., besetzt war, erbrachte bei den zahlreichen Anwesenden den Beweis, daß Düsseldorf auf dem Gebiet des Qualitätsdrucks eine führende Stelle einnimmt. Neben diesen Firmen hatten dann noch die Farbenfabriken Berger & Wirth, Hartmann, Hofmann-Steinberg und Rast & Schinger sowie die Maschinenfabriken M.W., Kofstroff, König & Bauer und viele andere Firmen, wie Böttcher, Fraas usw., ausgestellt. Allen Ausstellern, die das beste Zeugnis ihres Könnens verbrieht, gebührt der Dank unserer Vereinnigung.

Am 20. April beendeten wir den von der Arbeitsgemeinschaft veranstalteten Vortrag über „Druck und Zurückhaltung“ von Dörband. — In der Junierversammlung, wo das Rundschreiben der Zentrale vorlag, das sehr eingehend besprochen wurde, fand zugleich in dieser ein Filmvortrag über den Heidelberger Druckautomaten statt. Herr Meyer von der Firma Will Fraas hielt das Referat hierzu. Es mußte hier festgestellt werden, daß die Maschine heute, nachdem sie so ziemlich ihre Kinderkrankheiten hinter sich hat, eine brauchbare Maschine unter den vielen Erzeugnissen der übrigen Fabriken ist. Des Weiteren fand die Besichtigung der Ausstellungsräume der Firma W. Fraas hier statt, die die Vertretung vom Heidelberger, der Maschinenfabrik König & Bauer, der Johne-Werke und Verschiebener anderer Firmen hat. Hier bot sich Gelegenheit fast für jeden Kollegen, eine bisher noch nicht gekannte Maschine kennenzulernen. Besondere Beachtung fand natürlich der Heidelberger, der neben den anderen Maschinen in Betrieb vorgeführt wurde. Der Firma Fraas gebührt an dieser Stelle der beste Dank für das Gebotene.

Krefeld. Am 30. August fand hier eine Bezirksversammlung statt, die einen starken Besuch zu verzeichnen hatte. Einleitend sang die „Typographia“ einige ansprechende Lieder. Hiernach gedachte man eines verstorbenen Kollegen in ehrender Weise. Unter „Mittelungen“ nahm die Versammlung von der Halskrankheit der Unternehmer Kenntnis, die sich nicht vorbeugen konnten zu einer vierzigstündigen Wochenarbeit bei Lohnausgleich und Einstellungszwang, um die Arbeitslosigkeit zu mildern. Daß es auf diesem Gebiet traurig aussieht, bewies die Situationsberichte der einzelnen Ortsvereine. So berichtete Krefeld, daß die Kurzarbeit rapid zunimmt und dementsprechend Entlassungen erfolgen. Auf dem Gebiet des Leistungslohnabbaues mußte in der größten Offizin am Ort die Arbeitslosigkeit zuerst 20 Proz., späterhin 30 Proz., also insgesamt 50 Proz. von ihrem Minimum lassen, nachdem sie in wochenlangen Verhandlungen mit Händen und Füßen ihr Recht verteidigt hatten. In M. Gladbach sieht die Wirtschaftslage nicht anders aus. Arbeiten dort dort von 120 Kollegen ganze 36 woch. Arbeit mit seinen 78 hat 48, Wieren bei 31 und Kempen bei 37 1/2 Vollarbeitende. Am trostlosesten stehen die Orte Moers und Dülken, die von 42 Kollegen nur fünf Vollarbeitende bzw. bei 15 Kollegen keinen Vollarbeiter aufzuweisen haben. In der „Freiheit-Zeitung“ in Wieren, wo nur Gutenberg-Bücher stehen, ist der Leistungslohn gestrichen worden, der nach Auslage der Gehaltszettel sich durch Nachtarbeit wieder wett macht. Zum Kasienbericht, der gedruckt vorlag, wurde nicht Stellung genommen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Eine längere Aussprache brachte die Demoralisierung der stellenlosen jungen Kollegen mit sich, die heimlich außerberuflich tätig, ihre Notstandsunterstützung trotzdem noch abgeben. Die Versammlung vertrat die Ansicht, daß hier von Verbandsseite aus etwas in aller nächster Zeit zu geschehen hätte, sollte die Notstandsunterstützung ihren ursprünglichen Zweck behalten. Den Höhepunkt der Versammlung bildete ein Referat des Kollegen A. B. (König), der das Thema „Kommunales Sozialpolitik“ behandelte. Hier sprach nicht nur ein Kollege, der die Zusammenhänge der kommunalen Politik auf genaue Kenntnis, sondern auch ein Wirtschaftsführer, der sich seiner Verantwortung gegenüber Staat und Volk und der Arbeiterbewegung vollhaft bewußt ist. Von der Vortragszeit anfangend, lautete der Referent seinen Vortrag auf und stellte den vor 100 Jahren verstorbenen Freiherren vom Stein als Verfechter der kommunalen Politik hin, dessen Ziele erst in der Weimarer Verfassung verwirklicht wurden. Dem wohlwüchsigsten Vortrag wurde allerseitig Beifall gezollt und damit ohne Diskussion der diesmaligen Bezirksversammlung einen guten Abschluß gegeben.

Lahe i. B. Am 23. August trafen sich die Kollegen des Bezirks Lahe in Wierden (Königsplatz) zur fälligen Bezirksversammlung und teilte u. a. mit, daß der Bezirksvorstand in Anbetracht der vielen Kurzarbeiter beschließen habe, einen Zufuß für die Besucher der Versammlung zu bewilligen. Am Vorort Lahe seien von 89 Mitgliedern 40 Kurzarbeiter und 20 arbeitslos. Die im Juli vereinnahmten Beiträge ergaben gegenüber den Ausgaben der Verbandstafel einen Überschuß, der jedoch durch den weiteren Zugang an Arbeitslosen für August wohl nicht mehr vorhanden sein dürfte. Der Kassierbericht lag gedruckt vor und gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Gewerkschaftliche Zeitschriften. Er wies darauf hin, daß das Heer der Arbeitslosen nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern von Woche zu Woche größer werde. Man rechne für Deutschland im kommenden Winter mit 7 Millionen Arbeitslosen. Schuld an der immer größer werdenden Not, die die Massen zwangsweise zur Radikalisierung führe, ist die tolle Schuldschuldpolitik und der Umstand, daß das Verhältnis zwischen Produktion und Absatz aus dem Gleichgewicht geworden sei. Diese Lastlage will die Unternehmensehre nicht gelten lassen. Man kennt auf dieser Seite nur ein Alibi: den radikalen Lohnabbau und die Aufhebung des Lohns- und Arbeitsrechts, damit sich der Lohn wieder nach Angebot und Nachfrage richten könne. Daß bei diesen Unternehmerratswünschen auch die „Zeitkritik“ mitwurzelt ist, kennzeichnet auch die reaktionäre Einstellung des Tarifpartners der Buchdrucker-Gesellschaft. Im Bund mit nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“, die nur das eine Ziel kennen, die Gewerkschaften

zu zerkümmern. Mit der Wahrung an die Kollegen, das Vertrauen zu ihren selbstgewählten Führern nicht zu verlieren, schloß der Referent seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Der Ortsverein Offenburger legte der Versammlung eine Entschließung vor, die nach dem Antrag des Bezirksvorstandes in folgender abgeänderter Form bei sieben Enthaltungen angenommen wurde: „Die durch die planlose Rationalisierung hervorgerufene Massenproduktion hat Millionen von Arbeitskräften brachgelegt. An Stelle der menschlichen Arbeitskraft ist die Maschine getreten. Der Fortschritt der Technik kam jedoch nicht der Allgemeinheit zugute, sondern steigerte ausschließlich die Profitrate des kapitalistischen Unternehmers. Darin liegt mit das Grundübel der heutigen Krise. Die stark besetzte Bezirksversammlung erwartet, daß alle maßgebenden Stellen der freien Gewerkschaften bei der Reichsregierung darauf dringen, daß eine Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat erfolgt mit dem Ziel, jede infolge Benützung verbesserter Maschinen usw. erzielte Senkung der Herstellungskosten der Allgemeinheit und nicht dem einzelnen Privatunternehmer zugute kommen zu lassen. Der harmonische Rhythmus zwischen Produktion und Absatz muß bei der Durchführung der Rationalisierung oberstes Gesetz bleiben, wenn nicht einzelne Glieder des Staates darunter Schaden leiden sollen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist dringend erforderlich. Hierbei ist der Einstellungszwang zu fordern und eine Verminderung der Kaufkraft abzuwehren. Der beschäftigte Anschlag auf das Tarifrecht ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.“ In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die Rationalisierung das Arbeitsstempo fast bis zum Maßnahme gesteigert werde. Den Profit koste der Unternehmer in der Tat, ohne sich darüber Sorgen zu machen, ob ein derartiges Verhalten im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt. Sehr resigniert äußerte sich ein arbeitsloser Kollege, der glaube, alles Neben sei zwecklos. Kollege Sandfort fand in seinem Schlusswort warme Worte der Aufrechterhaltung für die Arbeitslosen und ermahnte sie, sich nicht der Verzweiflung hingeben, denn gerade der Verband und die Solidarität seien die größte Stütze. Für 25jährige Mitgliedschaft konnten sechs Kollegen geehrt werden, außerdem überreichte der Bezirksvorstand dem Kollegen Streif (Willingen) aus Anlaß seiner 15jährigen Tätigkeit als Ortsleiter eine kleine Anerkennung. Im Namen des Gewerkschafts sprach Kollege Sandfort den Jubilaren seinen Dank für die treue Mitgliedschaft aus. Mit der Regelung einiger bezirkslicher Angelegenheiten fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Die Generalversammlung findet im Jahr statt.

Mannheim. Gemeinsam mit Ludwigshafen hatte unsere Bezirksversammlung am 22. August die seltene Gelegenheit, unsern zweiten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Barth, zu hören. Einleitend brachte die „Typographia“ den Chor „Sturm“ zum Vortrag. Der einzige Tagesordnungspunkt war das Referat „Unser Aufgaben in Staat und Gesellschaft“, über dessen Inhalt anderweitig schon berichtet wurde. Vorkührender Schramm begrüßte die Ausführungen, wenn auch das Thema nicht ganz eingehalten wurde, und dankte namens der Versammlung, die reichen Beifall gependet hatte. Kollege Müller bedauerte, daß der Referent die Rationalisierung nur gestreift habe, den Schaden davon hätten wir. Eine Arbeitszeitverkürzung käme nur mit Lohnausgleich und Einstellungszwang in Frage. Kollege Manitz führte aus, daß der Vortrag uns nichts wesentlich Neues gebracht habe. Mit unsern ganzen Macht mühten wir gegen die Notverordnungen aufstehen. Nach dem Spruch von Deutschausen hätte mobil gemacht werden müssen, dann wäre der 14. September in Frage gestellt worden. Wenn auch nicht bei jeder Bagatelie der Generalkonferenz einzuweisen hätte, so sei seine Anwendung doch juchend geworden. Eintreffend fand folgende Entschließung Annahme: „Die am 22. August 1931 in Mannheim tagende Versammlung der Bezirke Mannheim und Ludwigshafen erhebt schärfsten Protest gegen die Notverordnung, die Maßnahmen gegen gewerkschaftliche Einrichtungen und einen unerhörten Abbau sozialer Einrichtungen enthält. In gleicher Zeit wendet sich die Versammlung gegen die fortwährenden Zeitungsverbote, durch die die gewerkschaftliche Arbeit, die doch in den betreffenden Betrieben vor allem ihrer Arbeitskraft verkauft, andauernd bei schon an und für sich minimalen Löhnen finanziell schwer geschädigt wird. Durch derartige Maßnahmen wird durch Verfügen von Regierungstellen die große Arbeitslosigkeit noch erweitert.“ Eine zweite, vom Kollegen Manitz eingebrachte Entschließung verlangte im ersten Teil vom Verbandsvorstand und von den Delegierten zum Gewerkschaftskongreß, daß sie gegen die Herunterdrückung des Lebensraumes der Arbeiterklasse die ganze gewerkschaftliche Macht einzuweisen bereit sind, damit mit dem Wahnsinn einer planlosen Profitwirtschaft Schluss gemacht wird und planwirtschaftliche Wege beschränkt werden. Der zweite Teil wandte sich gegen die Gehälter der Gewerkschaftsangehörigen, die so bemessen sein müssen, daß materielle Daseinsorgen bei angemessener bescheidener Lebenshaltung ferngehalten werden. Beide Teile der Resolution verließen der Ablehnung, der letzte mit größerer Bedeutung, der Referent trat den einzelnen Ausführungen im Schlusswort entgegen und wies an Hand von Zahlen in Wochen umgerechnet nach, daß die Gehälter schon einen freiwilligen Abbau erhalten hätten und wirtschaftlich nicht allzu hoch für die angestrenzte Arbeit im Dienste der Organisation seien. Der Vorsitzende gab noch Aufklärung betreffs des Verbots der „Arbeiterzeitung“. Die dortigen Kollegen waren stillos entlassen worden. Das tarifliche Recht auf Kündigung verlangte sie nicht, angeblich, um sich die WiederEinstellung zu sichern. Nur verlangten sie vom ersten Tage ab die Arbeitslosenunterstützung von uns. Ein empfehlendes Ergehen des Bezirksvorstandes, übermittelt durch den Gau an den Verbandsvorstand, die Unterstützung zu gewähren, mußte der Konsequenzen halber abschlägig beschieden werden. Die Kollegen hätten ihre tariflichen Rechte zu wahren, das heißt, in diesem Falle den Arbeitslohn für die Kündigungswoche einzufordern. Bemerkte wurde dazu noch, daß dies nun in kurzer Zeit das dritte Verbot ist. In durchaus sachlicher Weise bewegten sich die Ausführungen.

Mülheim (Ruhr). Die „Typographia“ Mülheim, der einzige Kollegenverein im Bezirk Duisburg, hatte am 22. August zu einer kleinen Feier zum zehnjährigen

Jubiläum, um ihren Dirigenten, Kollegen Funke, anlässlich seines 30jährigen Dirigentenjubiläums in schlichter Weise zu ehren. Bezirksvorsitzender Müsten und der Ortsvereinsvorstand waren als Gäste erschienen. Die Feier nahm einen sehr gemüthlichen Verlauf, in der vor allem durch Gesang unter Leitung des bewährten Dirigenten der Hauptteil des Programms bestritten wurde. Die Tochter des Dirigenten wartete mit einigen schönen Sopranstücken auf, und die Kollegenkapelle bestritt den musikalischen Teil mit gutem Können. Der Vorsitzende des Gesangsvereins, Kollege Broß, fand anerkennende Worte für die pflichtbewusste und nie ermüdende Tätigkeit des Dirigenten. Bezirksvorsitzender Müsten hob den überlieferten Wert der Kollegenvereine und ihren hohen Anteil an der Pflege der Kollegialität zum Segen der Organisation hervor. Ortsvereinsvorsitzender Weinhart fand ebenfalls freundliche Worte für den Jubilär und überreichte ihm ein kleines Angebinde. Kollege Funke dankte für alle ihm dargebrachten Ehrungen und versprach, der „Typographia“ auch weiter treu zu bleiben.

Allgemeine Rundschau

Aufruf zur Solidarität. Der Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt, die Sozialdemokratische Partei, der Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, die Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sowie der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtetenbund rufen gemeinsam die Arbeiterschaft und alle diejenigen, die für die große Gegenwartstod-Verständnis haben, zu einer Diskussion für notleidende Klassenkameraden aus. Sie fordern auf, zusammenzutreten und durch kameradschaftliches Helfen zu beweisen, daß die Schicksalsverurundenheit der Arbeiterschaft lebendig ist und bleibt. Es geht darum, den Kampfesmut und die moralische Kraft der arbeitenden Klassenossen zu erhalten. Die zu einer Notgemeinschaft verbundenen obengenannten Organisationen fordern deshalb alle ihre Mitglieder auf, den bei ihnen vorkommenden, mit Ausweilen versehenen Sammlern der Arbeiterwohlfahrt, der die Durchführung des Solidaritätswerkes übertragen ist, einen Beitrag, sei es in Form von Geld oder Naturalien, zu geben. Jeder, auch der bescheidenste Beitrag geeignet, zu helfen.

Weiteres Steigen des Arbeitslosenstands. Die Zahl der Erwerbslosen hat in der ersten Septemberhälfte in dem gleichen Umfang zugenommen, wie in den letzten beiden Augustwochen. Während in dieser Zeit 111 000 neue Erwerbslose bei den Arbeitsämtern angemeldet waren, war in der Berichtszeit vom 1. bis 15. September ein neuer Zustrom von 109 000 Personen zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Deutschland erreicht damit bereits Mitte September 4 324 000. Das Bedrohliche an der Entwicklung der letzten Wochen liegt darin, daß infolge der verheerenden Arbeitskräftemangel seit Ende Juli die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr bis Mitte September um rund 350 000 Personen gestiegen ist, während in der gleichen Zeit des Vorjahres nur eine Zunahme von 220 000 Erwerbslosen eintrat, obwohl der Stand der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre bereits um 1,2 Millionen höher liegt als 1930.

Vorbereitungen für die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung? Am 23. September beschäftigten sich die vereinigten Reichsratsausschüsse mit den Durchführungsbestimmungen zu der durch die Notverordnung vom 6. Juni d. J. der Reichsregierung verliehenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverkürzung. Nach längerer Aussprache wurde die Vorlage angenommen. Sie wird nunmehr die Vollziehung des Reichsrats beschließen. Aber den Inhalt der Durchführungsbestimmungen sind bisher Mitteilungen nicht gemacht worden.

Spernung einer Druckerei wegen Druckes von Ruffschprokationen. Die Proklamationen des österreichischen Faschistenführers Dr. Pfrrieme, die am Freitag, dem 13. September, in der ganzen Steiermark verbreitet wurden, waren in der Iris-Druckerei in Judenburg in der Steiermark gedruckt worden. Der eine Besitzer dieses Unternehmens ist Walter Pfrrieme jun., der mit seinem Vater nach dem schändlichen Zusammenbruch des Aufstiegs nach Jugoslawien geflüchtet ist. Nur wurde der zweite Besitzer, Johann Koy, wegen Druckung der Proklamation des Dr. Pfrrieme und anderer Druckschriften für die hocherräterischen Faschisten verhaftet und dem Landesgericht Graz eingekerkert; die Druckerei Iris wurde behördlich gesperrt. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß diesen Drucker wie die übrigen tauzigen Feldes des Faschistenputches die volle Strenge des Gesetzes treffen wird, weil hinter ihnen hohe und einflussreiche Gönner stehen und weil offensichtlich die ganze Untersuchung wohl auf oberflächliche Weisung nach dem Tipp: „Es ist ja nichts geschehen!“ geführt wird.

Rundfunkprogramm austausch mit Nordamerika. Wie uns der Reichsfunfgesellschaft m. B. S. in Berlin mitteilt, wird für den Empfang der Kurzwellenstationen aus Nordamerika in der Funkempfangsstelle Beifall ein besonderer Empfänger mit einer nach Nordamerika gerichteten (Strahlwerfer-) Antenne verwendet. Da aber in der an sich guten Empfangsanordnung die Schwundereigenschaften, die besonders musikalische Übertragungen beeinträchtigen, noch zu stark auftreten, wird jetzt in Beifall ein Dreifach-Empfänger vorbereitet, für den drei in einem Dreieck von 300 Meter Seitenlänge stehende sogenannte „Beuerage“-Empfangsantennen in Verbindung mit drei gekuppelten Empfängern benutzt werden sollen. Für die gekuppelten nach Nordamerika ist bisher der Kurzwellensender Königs-wusterhausen auf Welle 31,38 Meter verwendet worden. Diese Welle ist für den Übererundfunk als günstig ermittelt worden, kann aber in Amerika nur in den Nachtstunden auf angenommen werden. Für die übrigen Tageszeiten (Nachmittags- und Abendstunden) ist für diese Verfahrweise eine Welle um 19 Meter geeigneter. Diese Verfahrweise im Gang, zu den genannten Zeiten mit dieser Welle zu senden. Bis zum Abschluß der Verfuße wird eine einfache Dipol-Antenne benutzt. Es wird lo die Möglichkeit bestehen, zwischen der Welle um 19 Meter und der alten Welle 31,38 Meter zu wechseln. Die Umstellung von der einen auf die andere Welle kann in etwa einer Stunde erfolgen. Ein für die Welle 31,38 Meter vorgesehener, neu zu erziehender Rundstrahler, der eine Erhöhung der Straßleistung auf das Achtfache bringen soll, ist im Bau.

